

12. Februar 2003

Polizei-Steg ist Bauausschuss zu lang Neubau in St. Alban soll 66 Meter lang werden

Von unserem Redaktionsmitglied Gerald Modlinger, Dießen

Der Bau- und Umweltausschuss des Dießener Gemeinderates erhebt Bedenken gegen den geplanten Bau eines neuen Bootshauses für die Wasserschutzpolizei in St. Alban. In der Sitzung am Montag, in der die Pläne der Polizei behandelt worden sind, ist insbesondere die Verlängerung des Stegs um 26 auf 66 Meter beanstandet worden.

Seit dem Sommer 2002 kreuzt die Dießener Wasserschutzpolizei mit dem neuen Boot „WSP 7“ über den Ammersee. Seine Größe machte freilich einen Neubau des Bootshauses notwendig. Um das 8,70 Meter lange und drei Meter breite Schiff unterstellen zu können, begann das Staatliche Hochbauamt in Landsberg bereits vor zwei Jahren mit der Planung einer neuen Unterkunft in St. Alban.

Vor allem die Standortwahl bereitete Kopfzerbrechen. Am Ende lief es auf den bisherigen Platz hinaus, der sich im Landschaftsschutzgebiet mit Betretungsverbot für die Zeit vom 1. März bis 31. August befindet. Trotz dieser Einschränkung einigten sich Bürgermeister Herbert Kirsch, die Vertreter des Landratsamtes und die Schlösser- und Seenverwaltung auf diesen Standort. Laut Manfred Ernst von der Wasserschutzpolizei hätten sich die übrigen untersuchten Uferbereiche als ungeeignet erwiesen. In der Dießener Bucht oder zwischen Bad und Zeltplatz in St. Alban sei das Gelände noch seichter, so dass eine Steglänge von 100 Metern notwendig gewesen wäre. Der Vorschlag, das Bauwerk an der Stelle des früheren Dampferstegs zu bauen, sei wegen des Denkmalschutzes abgelehnt worden, da ein solches Gebäude die Sicht auf die Kirche verstellen würde.

In St. Alban ist nun geplant, den Steg um 26 Meter zu verlängern und ein Bootshaus mit 13,5 Metern Länge und 8,4 Meter Breite zu errichten. „Ist da auch eine Restauration geplant?“, fragte Rudolf Gleißl (UBV) ironisch und Thomas Kanzler (Grüne) missfiel die Länge des Steges. „Dann müssen wir aber eine Alternative anbieten“, gab Bürgermeister Kirsch zu bedenken. Einen Vorschlag hierfür machte Franz Sanktjohanser (CSU): „Die Alternative ist, eine Fahrrinne auszubaggern.“ Entsprechend fiel der Beschluss aus: Man sei zwar prinzipiell für das Bauvorhaben, äußere aber Bedenken wegen der Steglänge und empfehle eine Ausbaggerung.

Schon jetzt im Schlick

Bei Wasserschutzpolizei und Hochbauamt sorgt dieser Beschluss derweil für Kopfschütteln. So wies Wasserschutzpolizist Manfred Ernst darauf hin, dass bereits der Bug des früheren Bootes insbesondere bei Niedrigwasser den Schlick berührte, weil der Uferbereich seit dem Bau der Bootshütte vor 40 Jahren immer mehr verlandet sei. Ausbaggern sei keine Lösung: „Wir haben beim alten Bootshaus schon Schlamm abgesaugt, aber nach einem Hochwasser war wieder alles versandet.“

„Das ist sehr enttäuschend“, kommentierte Peter Mayer vom Staatlichen Hochbauamt in Landsberg die Beschlusslage im Bau- und Umweltausschuss. Bei allen bisherigen Planungsschritten sei die Gemeinde beteiligt gewesen. „Es hat bisher immer ein gutes Einvernehmen geherrscht“ und kein Anlass bestanden, Zweifel am gemeindlichen Einvernehmen zu haben. Komme keine Einigung zu Stande, dann werde die Angelegenheit der Regierung von Oberbayern vorgelegt. Eine Fahrrinne müsste immer wieder ausgebaggert werden und dies wäre Mayer zu Folge „auf Dauer unwirtschaftlich“ und entspreche auch nicht den Vorstellungen der Polizei im Hinblick auf eine rasche und problemlose Einsatzmöglichkeit ihres neuen Polizeibootes. Erforderlich ist nach den Worten Mayers eine Fahrrinne von mindestens zwei Metern Tiefe.

Wie Mayer sagte, könne das Projekt, für das 330 000 Euro genehmigt sind, ohne Zustimmung der Gemeinde vorerst nicht an diesem Standort weitergeführt werden. Die Planungsarbeiten für das Bootshaus selber werden jedoch weiter verfolgt, um für die Polizei keine Verzögerungen zu verursachen. Wenigstens wird aber das Polizeiboote nicht obdachlos. Das 167 000-Euro-Schiff kann bis auf weiteres beim Dießener Segelclub vor Anker gehen.